

Sicherheitsorganen, staatlichen und nichtstaatlichen Stellen und Einrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen der DDR sowie in enger Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderorganen gelöst werden.

Bei der Bekämpfung der Organisatoren und Inspiratoren der politischen Untergrundtätigkeit im Operationsgebiet gibt es einige Besonderheiten zu beachten.

Eine strafrechtliche Verfolgung der Organisatoren und Inspiratoren politischer Untergrundtätigkeit im Operationsgebiet bzw. die Anwendung anderer rechtlicher Bestimmungen ist in der Regel nicht möglich. Ursächlich dafür ist die politische Lage. Die Organisatoren und Inspiratoren sind vom Gegner als "Symbolfiguren" aufgebaut worden. Somit könnte jede rechtliche Maßnahme der DDR gegen diesen Personenkreis einen stürmischen "Protest" der westlichen Massenmedien und einiger Politiker hervorrufen, in dessen Ergebnis Spannungen zwischen der DDR und dem betreffenden Herkunftsland, in der Regel BRD und Westberlin, verschärft oder neue entstehen könnten.

Zu beachten gilt ebenfalls, daß die Organisatoren und Inspiratoren sich in der westeuropäischen Friedensbewegung tarnen und versuchen über diese ihre subversive Tätigkeit durchzuführen. Demzufolge können rechtliche Maßnahmen der DDR gegen diese Personen dem Gegner Argumente liefern, die die objektiven Bündnispartner des Sozialismus im Kampf um den Frieden von der "Unredlichkeit" des Sozialismus überzeugen sollen. In beiden Fällen wird die Dialogpolitik von Partei und Regierung gestört.

Zum anderen ergeben sich die Besonderheiten aus der Tatsache, daß diese Personen im Operationsgebiet wohnhaft und keine DDR-Bürger sind. Somit sind die rechtlichen Möglichkeiten der DDR eingeschränkt. Hinzu kommt, daß diese Personen in der Regel in Einreisesperre liegen bzw. selbst nicht einreisen und somit dem Zugriff der staatlichen Organe der DDR entzogen sind.